



Unsere Nudes sind nicht euer Business. Jetzt Profit mit geklauten Nacktbildern stoppen!

Google zeigt täglich gestohlene und gefälschte Nacktbilder, von Laura und von unzähligen anderen Frauen. Gegen ihren Willen. Auch App-Stores, Zahlungsdienste und Hostinganbieter verdienen kräftig mit. Laura hat deswegen alles verloren: ihren Job, ihr Zuhause und ihre Sicherheit. Die Bundesjustizministerin und der Bundesdigitalminister könnten uns vor diesem Missbrauch schützen. Dafür brauchen wir deine Unterstützung. Unterschreibe jetzt unsere Petition.

Laura ist Lehrerin. Auf der Arbeit entdeckt sie: Wer ihren Namen googelt, findet geklauten Nacktbilder und -videos von ihr. Der blanke Horror. Es folgt ein jahrelanges Martyrium. Denn egal was sie tut – die Bilder tauchen immer wieder auf und Alle können sie in der Google Suche finden und sehen. Die Folgen: Scham, Panik, Angstzustände. Laura kündigt, zieht sogar um und kappt alle Verbindungen zu ihrem alten Leben. Doch diesem Alptraum kann sie nicht entkommen: wer ihren Namen googelt, findet immer wieder intime Bilder und Videos von ihr.

Kein Einzelfall

Laura ist kein Einzelfall. Es kann jede treffen – und trifft es auch. Bilder werden gestohlen, heimlich in der Dusche aufgenommen oder ganz einfach mit einem Klick in Nudification- oder Face Swap-Apps gefälscht. Die Bilder landen dann im Internet – verstreut auf vielen kleinen pornographischen Webseiten. Doch an einem Ort laufen sie zusammen: In der Suchmaschine. Denn Google macht diese intimsten Bilder und Videos erst für ein Millionenpublikum sichtbar.

Jetzt reicht es

Laura zieht jetzt mit unserer Unterstützung gegen Google vor Gericht. Sie will Gerechtigkeit - für sich und für uns Alle. Denn ihr reicht es: Tausende Entfernungsanträge an Google – und doch hört es nicht auf.

Alle verdienen mit

Aber es geht nicht nur um Google. Auch App-Stores, Zahlungsdienste und Hosting-Anbieter machen Geschäfte mit dem Leid von Frauen wie Laura. Denn sie verdienen mit, wenn Plattformen und Apps Nacktbilder und -videos erstellen und verbreiten. Zum Beispiel durch Transaktions- oder Hostinggebühren.

Politik muss einschreiten

Jeder Mensch sollte das Recht haben, dass keine intimen Bilder – oder Videos von ihm geklaut, erstellt und im Netz verbreitet werden. Und kein Unternehmen sollte mit dem Leid der Betroffenen Geld verdienen dürfen. Deswegen muss die Politik jetzt handeln.



Wir fordern:

1. Justizministerin Hubig: Strafbarkeitslücken schließen

Die Erstellung **und** Verbreitung bildbasierter sexualisierter Gewalt soll explizit unter Strafe gestellt werden – auch wenn es sich um Deepfakes handelt.

2. Digitalminister Wildberger: Geschäft mit bildbasierter digitaler Gewalt beenden

- a. **Host-Provider bzw. Access-Provider** sollen Websites sperren müssen, die KI-Anwendungen mit expliziter Ausrichtung auf die Erstellung von Missbrauchs-Nacktbildern und -videos anbieten
- b. **App-Stores** sollen Apps nicht anbieten dürfen, wenn diese explizit auf die Erstellung bildbasierter sexualisierter Gewalt ausgerichtet sind.
- c. **Zahlungsdienste** sollen keine Zahlungen mehr für Dienstleistungen abwickeln dürfen, die die Erstellung und Verbreitung bildbasierter sexualisierter Gewalt ermöglichen.